

19. IV. 1918

Innerpolitisches.

Im Herrenhause

fand heute eine Beratung der Delegationsmitglieder aus der Verfassungskartei und aus der Mittelpartei statt, der auch die Delegierten Graf Erwein N o s t i z, Doktor W e i s t r i c h n e r und Baron B e c k beizwohnten.

Die Verbände der Tschechen und Südslaven zum Ministerwechsel.

Die Verbandsvorstände der tschechischen und südslavischen Abgeordneten haben sich beeilt, noch nach dem Rücktritt des Grafen Czernin den Beweis dafür zu erbringen, wie berechtigt und zeitgemäß dessen furchtbare Anklage gegen das kriegsverlängernde Treiben gewisser tschechischer Führer, der „Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie“, gewesen ist. Die genannten Verbandsvorstände benützen nämlich die Gelegenheit des Ministerwechsels im Auswärtigen Amt, um den verbündeten Mittelmächten mit folgender, heute nachmittag in gemeinsamer Beratung beschlossener Kundgebung, die sich wie ein Ermunterungsruf an die Verbandsmächte ausnimmt, Schwierigkeiten zu bereiten:

Indem Graf Czernin die Annerionspolitik (!) des Deutschen Reiches unterjügte und selbst mit Annerionen und anderen verfehlten Maßnahmen neuen Zündstoff im Osten legte, indem er fribol mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen spielte, durch willkürliche Aenderung von Dokumenten unter Beihilfe des f. u. i. Gesandten v. Wiesner den Glauben an die Ehrlichkeit der österreich-ungarischen Diplomatie erschütterte (vermutlich will diese Behauptung auf das Ergänzungsabkommen über Cholm anspielen. D. Red.), entfernte er sich wesentlich von dem einzig möglichen Wege, welcher den furchtbar leidenden Völkern der Monarchie alsbald den Frieden bringen könnte. Seine Rede vor einem unberufenen Forum, in welcher er Deutsche und Magyaren gegen unsere Mitbürger (!) hegte, obwohl er genau wußte, daß unsere Völker mit der Führerschaft solidarisch sind, und womit er ohne zwingenden Grund und mutwillig eine Debatte über frühere Friedensversuche vom Zaune brach, hat den Krieg wiederum auf unabsehbare Zeit verlängert. Die diplomatische Selbstständigkeit der Monarchie erlitt durch Czernins Zutun ein zweites Königgrätz (!), leider damit auch der von der Demokratie Österreich-Ungarns so ersehnte Frieden. Wir „Böhmen“ und Südslaven haben trotz deutschen Spottes konsequent die Demokratisierung auch der äußeren Politik, insbesondere die Beteiligung der Volksvertreter an der Friedensarbeit verlangt. Unser Antrag auf eine Verfassungsänderung in dieser Richtung wurde von den deutschbürgerlichen Parteien höhnisch abgelehnt. Wenn diese Parteien, welche stets gegen die Slaven den Absolutismus anrufen (!), heute von Demokratie und unverantwortlichen Faktoren sprechen, so müssen wir dies als eine Heuchelei bezeichnen, ebenso wie sich als eine solche der gesamte Entrüstungsfeldzug gegen die „Hochverräter“ erweist, da wir heute sehen, daß die obgenannten Parteien dem Staate (?) ihr Gefolge, ihre Stimmen und Treue zu kündigen beginnen, sobald etwas geschieht, was ihnen nicht gefällt. Dieses kriegsverlängernde Gezeiter ist um so verwerflicher, als die Christlichsozialen und Deutschnationalen genau wissen, daß sie nur einen Bruchteil der Bevölkerung vertreten und keine Mehrheit im Parlament für ihre Kriegspolitik besitzen. Unsere Delegation wird wie bisnun auch weiterhin eine demokratische Politik betreiben, mit dem Zweck, den österreich-ungarischen Nationen einen sofortigen Frieden zu erkämpfen, durch welchen auch unter ihnen ein dauernder Friede geschaffen werden soll.

Zu dem neuen Minister des Außern hegen wir mit Rücksicht auf dessen Vergangenheit, auf die Tatsache, daß dessen Ernennung unter dem Einfluß der Magyaren erfolgt ist, kein Vertrauen und befürchten, auch er werde, wie Graf Czernin, statt einer selbständigen, dem brennenden Friedenswunsch aller österreich-ungarischen Völker entsprechenden Politik eine von außen beeinflusste, fremde Interessen verteidigende und einseitig nationale Ziele verfolgende Politik betreiben.

Sie schmähen den bisherigen Minister, haben kein Vertrauen zu dem neuernannten Minister, beschimpfen und verleumdend die Parteien der deutschen Bevölkerung Österreichs, hehen gegen die Verbündeten, ja, sie entehren sogar die tschechische und slovenische und kroatische Bevölkerung, indem sie behaupten, diese sei mit jenen politischen Führern, die Graf Czernin als Kriegsverlängerer, Hochverräter und „Masaryks innerhalb der Grenzpfähle der Monarchie“ gekennzeichnet hat, „solidarisch“. Ein Mehr an Unwahrheiten, phantastischen Entstellungen, unwürdigen Berunglimpfungen und politischem Wahnwitz in den Rahmen einer Kundgebung zu pressen, dürfte nicht leicht fallen. Und dies geschieht in einer Zeit, in welcher der Friede, wie Graf Czernin, also ein Wissender, aufs bestimmteste versichert hat, hauptsächlich davon abhängt, ob die Masaryks im Hinterlande endlich isoliert werden und sich die Parteien statt zum Verbände rückhaltlos zur österreich-ungarischen Monarchie bekennen! In einer Zeit, in der Tausende von Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehren und von dem Treiben der Masaryk-Truppen erzählen, gäbe es für die tschechische parlamentarische Vertretung wohl ein dringenderes Geschäft als die Produktion derartiger Kundgebungen, deren Väter ihren Völkern einen besseren Dienst erweisen würden, wenn sie die ernste Mahnung des Grafen Czernin befolgten. Einen unglücklicheren Einfall, als den Bringer der ersten Friedensverträge, den eben erst der Kaiser selbst dafür seines „unvergänglichen Dankes“ versichert hat, der Kriegsverlängerung zu zeihen, den deutschen Parteien „Kriegspolitik“ zum Vorwurf zu machen und sie der Untreue gegenüber dem Staate zu beschuldigen, hätten die führenden Geführten Kramars wirklich nicht haben können.

Die Vorgänge unter den Deutschnationalen.

In den morgen erscheinenden „Döst. St.“ wendet sich der deutschnationale Abg. Dr. v. L a n g e n h a n nach Erörterung der Erregung der deutschen Bevölkerung über die letzten politischen Ereignisse gegen die Ausnützung dieser Stimmung von gewisser Seite. Er sagt:

Die Deutschen in Österreich, welche, wie so oft dargelegt wurde, in diesem Kriege alles getan haben, was patriotisch und staatsertreu genannt wird, sind infolge dessen in eine verzwiefelte Stimmung geraten, die sich in der schärfsten Art

äußert. Aufgabe der Führer der Deutschen in Österreich ist es, diese Stimmung nicht in eine falsche Richtung gelangen zu lassen, unsere Volksgenossen davor zu bewahren, in eine Politik zu verfallen, die vor Jahren von einer kleinen Gruppe geführt, lange nachwirkenden Schaden angerichtet hat. Aufgabe der Führer ist es aber auch, den Regierenden von der Stimmung ihrer Volksgenossen Kenntnis zu geben und rücksichtslos jenen entgegenzutreten, welche gegen die Interessen der bis zum Verbluten staatsstreuen Deutschen in Österreich zu handeln versuchen. Dies zu tun, haben die parlamentarischen Führer der Deutschen in Österreich den festen Willen.

Diese Erinnerung ist zeitgemäß angesichts der Forderung eines Teiles der Deutschnationalen, daß die Deutschen ihr Verhältnis zum Staate ändern sollen.